Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Erscheinend mit der reichen Unterhaltungsbeilage „Lehen, Wissen, Können", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., vierteljährlich. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25311. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25311 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M. Für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 191 | Dresden, Dienstag, den 18. August 1931 | 42. Jahrgang

Kredit 6 Monate verlängert

Unterzeichnung des Layton-Berichts

wtb. Basel, 17. August.

Der von Albert H. Wiggin präsidierte Ausschuß für die Prüfung der Kreditlage in Deutschland führte am Montag nachmittag und abend seine Arbeiten zu Ende. Er hat den von Sir Walter Layton erstatteten Bericht samt Resolutionen durchberaten und angenommen. Die Unterzeichnung des Berichtes, der in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache abgefaßt wird, findet am Dienstag nachmittag 2.30 Uhr statt.

Nach der Unterzeichnung wird der Bericht der Leitung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich übergeben, die ihn hierauf denjenigen Regierungen übermitteln wird, die auf der Londoner Konferenz vom Juli vertreten waren. Der Bericht, der die verschiedenen Seiten der Kreditlage in Deutschland eingehend behandelt, empfiehlt die Verlängerung der kurzfristigen Kredite im Gesamtbetrage von etwa fünf Milliarden Mark um sechs Monate unter der Voraussetzung, daß die Zentralbanken von Frankreich, England und Amerika und die BIZ., die den 100-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Reichsbank gewährten, diesen Kredit ebenfalls um sechs Monate verlängern.

Die Frist für die sechs Monate beginnt mit dem Datum der Unterzeichnung, d. h. am 18. August 1931.

•

Der Bericht wurde abgeschlossen, ohne daß im Schoße des internationalen Stillhaltekonsortiums eine vollständige Lösung erzielt worden wäre. Umstritten ist nach wie vor die Frage der Verlängerung der ausländischen Markguthaben in Deutschland. Ueber diese Frage besteht zur Zeit ein Vermittlungsvorschlag in dem Sinne, daß die Markguthaben bis Mitte November gesperrt bleiben sollten.

Bei den ausländischen Markguthaben handelt es sich um einen Betrag von etwa 800 Millionen Mark.

Die meisten Mitglieder des internationalen Stillhaltekonsortiums haben mit dem Nachtschnellzug Basel verlassen. Von der deutschen Delegation bleiben noch zwei Mitglieder in Basel, die morgen erneut telephonisch mit Berlin Fühlung nehmen werden, so daß noch die Möglichkeit besteht, daß im letzten Augenblick noch eine Verständigung über die Frage der Markguthaben erzielt werden könnte.

Die übrigen Punkte, die Gegenstand der Verhandlungen im Schoße des Stillhaltekonsortiums bildeten, wurden in einem Abkommen zusammengefaßt, das dem Bericht Laytons beigegeben wird. Dieses Abkommen dient nunmehr den verschiedenen Bankgruppen, die Deutschland kurzfristige Kredite gewährt haben, als Grundlage für direkte Agreements von Bankgruppe zu Bankgruppe.

Wie nach der sechsmonatigen Frist eine Abtragung der jetzt verlängerten Kredite oder eine Konsolidierung vor sich gehen soll, darüber verweigerten die in Basel versammelten Finanzleute bisher jede Auskunft.

•

Sparsamkeit ist Pflicht!

T. Basel, 17. August. (Eig. Drahtb.)

In dem Bericht, dessen Unterzeichnung bevorsteht, empfiehlt das Studienkomitee Deutschland die Durchführung strenger Sparmaßnahmen. Das gleiche wird allen anderen Regierungen aufgegeben. Alle Regierungen werden in dem Bericht zugleich nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Verständigungspolitik hingewiesen, damit endlich eine politisch stabile Lage geschaffen wird, die die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung und für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen sei. Die Empfehlungen des Studienkomitees werden sich auf insgesamt drei Punkte beziehen:

Die Stabilisierung der kurzfristigen Kredite, die nunmehr gesichert ist,

besondere Maßnahmen Deutschlands zum Zwecke der Sicherung des finanziellen Gleichgewichts und

Hilfsmaßnahmen der anderen Regierungen, die geeignet sind, Deutschland bei der Herstellung seines finanziellen Gleichgewichts zu unterstützen und ihm über die Uebergangsperiode hinwegzuhelfen.

Die Mitglieder des Studienkomitees sind der Meinung, daß, falls die Reichsbank allein nicht helfen kann, die anderen Regierungen an ihre Stelle treten und der deutschen Regierung die Möglichkeit geben sollen, die Sanierung mit Hilfe der ausländischen Bankiers durchzuführen, die aber ohne Unterstützung durch die Regierungen nicht die erforderlichen Kreditoperationen durchführen könnten.

•

Die Sachverständigen

Als Sachverständige, die gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts über die notwendigen Schritte zur Sicherung der Reichsgarantien für die Bankkredite beraten sollen, sind folgende Persönlichkeiten vorgesehen: Der Nationalökonom Adolf Weber, Bernhard Dernburg, Rudolf Hilferding und Bankdirektor Reinhardt.

Die Beratungen des Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung mit den Sachverständigen werden am Dienstag nachmittag um 4 Uhr beginnen. Sie sollen möglichst bereits am Mittwoch abend abgeschlossen werden.

Tschechische Bodenreform

Aufteilung des Großbesitzes

J. B. Eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen der tschechoslowakischen Nationalversammlung war, neben der Regelung der Arbeitszeit, die Inangriffnahme einer weitgehenden Bodenreform. Bereits am 9. November 1918, also knappe vierzehn Tage nach Ergreifung der Macht durch den Nationalausschuß, wurde ein Gesetz erlassen, das jeden Verkauf und jede Belehnung des Großgrundbesitzes von einer Genehmigung durch die zuständigen Behörden abhängig machte. Nach langen vorbereitenden Arbeiten wurde dann am 16. April 1919 ein Rahmengesetz erlassen, das die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes, d. h. über 150 Hektar landwirtschaftlichen Bodens oder über 250 Hektar Bodens überhaupt, aussprach. Zur Durchführung des Gesetzes wurde das Bodenamt geschaffen. Am 30. Januar 1920 wurde das Ausführungsgesetz über die Zuteilung des beschlagnahmten Bodens beschlossen. Es wurden drei Arten der Zuteilung geschaffen:

1. Zuteilung mit gleichzeitiger Beschränkung des Eigentumsrechtes.
2. Zuteilung in das freie Eigentum.
3. Zuteilung auf dem Wege der Verpachtung.

Die Sozialdemokraten traten selbstverständlich für eine weitgehende Kollektivisierung des Bodenbesitzes ein; doch wurden diese Absichten zum großen Teil durch die Agrarpartei zunichte gemacht.

Immerhin sind die praktischen Ergebnisse außerordentlich beachtenswert. Es handelt sich hier wohl um eine der größten Verschiebungen im Bodenbesitz, die es überhaupt in Westeuropa gegeben hat. Bis Ende des Jahres 1930 wurden insgesamt 1 547 000 Hektar Boden auf die neuen Besitzer übergeführt, davon 826 000 Hektar Ackerboden. Unter staatlicher Beschlagnahme waren zu dieser Zeit nur noch etwa 100 000 Hektar Ackerboden und 1 160 000 Hektar anderer Boden, meist Wald. Soweit also die Reform den Ackerboden betrifft, ist sie nahezu vollendet, und es bleibt jetzt noch das große Problem der Wälderreform. Der finanzielle Aufwand erreichte respektable Summen, da ja für den enteigneten Boden Entschädigungen gezahlt werden müssen. Die neuen Bodenerwerber leisteten Zahlungen von 1916 Millionen Kronen für die Uebernahme, ihre Schulden beliefen sich auf 750 Millionen Kronen. Demgegenüber wurden den

Hitler biedert sich an

Der Drang zur Futterkrippe

Hitler und Hugenberg sind seit dem finanziellen Niedergang ihrer Betriebe und Organisationen von einem außerordentlichen Drang nach der Futterkrippe beseelt. Aus diesem Grunde nimmt Hitler neuerdings ohne jede besondere Veranlassung zu „Gerüchten" über ein sogenanntes bis rechts gestütztes Konzentrationskabinett Stellung. Seine Pressestelle bemerkt dazu:

„Es würde nicht etwa dem guten Willen entsprechen, sondern lediglich der Ausdruck einer inneren Notwendigkeit sein, wenn die Zentrumsregierung Brüning — wie man behauptet — ihre Fühler nach rechts ausstreckt, um das Terrain nach dieser Richtung hin zu sondieren. Denn darüber sind wohl alle politisch denkenden Köpfe einig, daß ohne die kompakten, starken und vorwärtsdrängenden Kräfte, die sich heute leidenschaftlich zur NSDAP. bekennen, eine Wiederaufrichtung und Erneuerung der Nation undenkbar ist."

Nach dieser Einladung an sich selbst kommt Herrn Hitler zugleich der Appetit, indem er Brüning seine Forderungen wie folgt präsentiert:

„Wenn die Regierung Brüning etwa der Meinung sein sollte, daß der Ausgang des Volksentscheids einen psychologisch günstigen Zeitpunkt darstellt, um uns goldene Brücken zu bauen und zum Eintritt in ein Konzentrationskabinett, auf das wir keinen unserer Stärke entsprechenden Einfluß haben, um der deutschen Politik endlich die Wendung zu geben, die das ganze Volk erwartet, dann würde sie die Lage falsch einschätzen. Die Voraussetzungen, die die NSDAP. an eine Regierungsbildung knüpft, und die sie von einer Regierung im Reiche fordern muß, in der sie führend beteiligt ist, sind bekannt. Es sind Voraussetzungen, die wir stellen müssen, um der Klarheit, Zielsicherheit und Ehrlichkeit willen."

Von halbamtlicher Seite wurde in Erwiderung darauf erklärt, daß Hitler vom Reichskanzler weder offiziell noch inoffiziell um eine entsprechende Stellungnahme gebeten worden sei. Tatsächlich weiß er vor Schulden nicht ein noch aus, so daß er lieber heute als morgen ohne die großen „Voraussetzungen" an der „Berliner Futterkrippe" Platz nehmen möchte. Ja die Pleite ist so groß, daß er bereit wäre, dieses „Opfer" gar ohne Hugenberg oder, wenn es sein muß, selbst gegen ihn zu bringen.

Immerhin ist wohl die Frage erlaubt, ob niemand, der dem Reichskanzler nahesteht, dieser Tage in München war oder noch in München weilt?

Grundsätze

Im Werwolf findet man die folgende Briefkastennotiz: „Soweit wir informiert sind, hast Du recht. Die Abteilung Arbeitsvermittlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat einem Betriebe in Hornberg (Baden), dessen Belegschaft in Lohnstreik getreten war, Arbeitskräfte vermittelt. Der Direktor des betreffenden Werkes ist nach unseren Informationen fremdrassig." Die Grundsätze der Hitler-Partei sind angeblich: 1. sozialistisch, 2. antisemitisch. Deswegen hat sie gelbe Streikbrecher an einen jüdischen Kapitalisten vermittelt. Das nennt man noch Grundsatzfestigkeit!

Reitergeneral Thälmanns Bericht

Meldet gehorsamst: „Volksentscheid gescheitert, aber dafür in Berlin 4 Tote, Leipzig 1 Toter und 2 schwerverletzte SPD-Leute!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310818/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG